

Platzj abbeck



Nr.12, Dezember 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

nummehr neigt sich das Jahr 2001 dem Ende entgegen. Das Volk spaltet sich wieder in Wohlhabende, die in einem wahren Kaufrausch Geschenke horten und Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose sowie Rentner, die sich kaum etwas leisten können. Beschämend ist, dass in den laufenden Haushaltsberatungen die CDU-geführte Stadtverwaltung samt ihren FDP-Vasallen gerade bei diesen Personengruppen massive Einsparungen planen. Demgegenüber sollen die Gewerbetreibenden geschont werden. Obwohl der Hebesatz der Gewerbesteuer seit den 80er Jahren konstant ist, wird seitens der CDU/FDP versucht, eine Erhöhung zu tabuisieren. Demgegenüber wird die PDS/Offene Liste während der Haushaltsberatungen darlegen, dass das gegenwärtige Defizit im Haushaltsplan des Rates der Stadt Köln insbesondere durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu einem erheblichen Teil kompensiert werden kann.

Das vergangene Jahr hat zu einem erheblichen Akzeptanzschub der Ratsarbeit der PDS/Offenen Liste geführt. Gerade in der Flüchtlingspolitik konnten wir Fehlentwicklungen entgegenwirken und haben uns zu einem allseits beachteten Gesprächspartner entwickelt. Bekanntlich versucht die CDU, Flüchtlinge in Lagern zu konzentrieren und ihnen statt Geld künftig nur Sachleistungen auszuhändigen. Demgegenüber weisen wir zusammen mit dem Flüchtlingsrat darauf hin, dass diese Änderung in der Flüchtlingspolitik nicht zu einer Senkung, sondern zu einer Erhöhung der Kosten führen wird. Dies haben die Erfahrungen in anderen Kommunen gezeigt.

Bei einem weiteren wichtigen Thema, dem Verkauf der GAG, stehen wir an der Seite der Mieter und Gewerkschaften und haben mitgewirkt, dass der Bürgerentscheid in der ersten Runde erfolgreich war.

In der Frage der Schulsanierung haben wir offensiv Handlungsbedarf dargelegt und eingefordert und haben uns für mehr Finanzmittel eingesetzt.

Wir werden auch im nächsten Jahr zusammen mit allen Betroffenen und Interessierten an diesen Themen weiterarbeiten

In diesem Sinne wünsche ich Euch ein glückliches und friedliches neues Jahr!

Viel Spaß beim Lesen!

Eure Sengül Senol!

Verkauf von GAG und Grubo –

Auseinandersetzung um Privatisierung – wohin geht der Kurs?

Wenn Sie diese Ausgabe des Platzj abbeck in der Hand halten, wird die Entscheidung im Rat zum Bürgerbegehren gefallen sein. Alles andere als der Versuch der Mehrheit von CDU und FDP, nach der Devise: „Augen zu und durch“ das Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären und den Verkauf voran zu treiben, wäre ein Wunder. Doch die Auseinandersetzung im politischen und juristischen Raum ist damit nicht beendet. Was zeigen die Vorlagen der Verwaltung zur Ratssitzung vom 20.12.01?

Je näher der Zeitpunkt des Geldverdienens kommt, desto unvorsichtiger werden die Geschäftemacher. Zunächst ging es nur um Optionen, dann wurde im Juli ein Beschluss zur Frage der Veräußerung der Aktien von GAG/Grubo gefasst. Der 50.000,00 DM-Gutachter der CDU behauptete noch, es handele sich dabei überhaupt nicht um einen Beschluss, sondern nur um einen Auftrag an die Verwaltung zur Prüfung verschiedener Möglichkeiten. Gegen das Gutachten der SPD legte Prof. Dr. Osenbühl noch einmal nach und begründete auf drei Seiten, warum der Beschluss vom 3.7.01 gar kein Beschluss mit Außenwirkung sei. Die Vorlage belegt nun zunächst, dass nur der Verkauf geprüft wurde. Auch die Verwaltung straft den eigenen Gutachter Lügen, wenn sie davon ausgeht, im Juli sei bereits der Grundsatzbeschluss für den Verkauf gefallen. Nach 5 Monaten Kreißen gebar die Verwaltungsvorlage dann auch nur die Maus kapitalistischer Allgemeinplätze. Wenn die Stadt Anteile an den Aktien behält und damit zumindest ein Ansatz verbliebe, politischen Druck auf Entscheidungen auszuüben, vergault das Investoren und senkt

den erzielbaren Preis. Alle sozialen Schutzrechte für Mieter und Beschäftigte senken den Preis, sagt das Bankhaus Oppenheim, von dem die Verwaltung sich beraten ließ. Man sieht gleich, wie sehr unserem zukünftigen Ehrenbürger das Wohl der Stadt, das man auf keinen Fall mit dem Wohl der – sozial schwachen – Bürger verwechseln darf, am Herzen liegt. Dabei weiß doch jeder, wann der Preis für die Aktien am höchsten wäre: wenn man die Mieter raussetzen und alle Wohnun-

gen meistbietend verkaufen könnte

Wohl in vorweihnachtlicher Güte will die Mehrheit angeblich sogar großzügige soziale Schutzrechte gewähren, selbst wenn das den Preis senkt. Was dort aufgezählt wird, ist bestenfalls ein Dokument der Unwissenheit, schlimm-

stenfalls ein Betrugsversuch der Ratsmehrheit. Bis auf den Kündigungsschutz für über 60-Jährige werden die ohnehin vorhandenen gesetzlichen Regeln als Zugeständnis der Ratsmehrheit herausgeputzt (s. zu den gesetzlichen Regeln meine Erläuterungen zur Rechtslage unter der Internetadresse: pds-koeln.de/ratsgruppe/pressemitteilung), teilweise mit der Peinlichkeit, dass die angeblichen Zugeständnisse hinter die gesetzlichen Regelungen zurückfallen. Nach der gesetzlichen Regelung hat der Mieter ein Vorkaufsrecht, der zum Zeitpunkt der Aufteilung des Hauses in Eigentumswohnungen darin wohnt – ein Zeitpunkt, der sicherlich erst lange nach dem Verkauf der Aktien liegt. →



Die Ratsmehrheit will hingegen ein Vorkaufsrecht nur denen zubilligen, die zum Zeitpunkt des Verkaufs der Aktien Mieter ist. Der 10-jährige Kündigungsschutz, der den Mietern eingeräumt werden soll, beginnt nicht – wie bei der Ratsmehrheit – beim Verkauf der Aktien, nicht einmal bei der Teilung der Häuser in Eigentumswohnungen sondern beim ersten anschließenden Verkauf.

Doch gesetzliche Rechte und Pflichten der Vertragsparteien sind im Mietverhältnis jeweils nur äußere Grenzen. Natürlich wird das Verhalten gegenüber Mietern, die nur als Profitbremse empfunden werden, sofort ein anderes werden. Kündigungsschutz für alte Leute schließt Mobbing ebenso wenig aus wie Versuche, über noch so ungerechtfertigte Punkte fristlose Kündigungen durchzusetzen. Hier geht es oft nicht um Rechte, sondern darum, dass gerade Alte und Behinderte gar nicht die Nerven haben, um sich solchen Mobbingaktionen zu widersetzen. Die reale Verschlechterung der Situation für die Mieter ist also an den festgelegten Rechten nicht ohne weiteres ablesbar.

Man hätte nun von der Verwaltung eigentlich erwarten müssen, einige andere Fragen zu beantworten:

Wie viele Wohnungen sind davon betroffen, wie viele frei finanzierte, wie viele Sozialwohnungen?

An wie vielen Wohnungen hat die Stadt ein Belegungsrecht? Was wird kurz-



Kundgebung vor der Ratssitzung im November 2001

mittel- und langfristig daraus? Was soll in Zukunft mit den Opfern von Räumungsklagen passieren? Welche Möglichkeiten zu welchen Kosten hat die Stadt dann noch?

Wie hoch ist die Miete in den Wohnungen, in welchem Verhältnis stehen sie zum Mietpreisspiegel?

Welche Wirkung auf das allgemeine Mietniveau ist zu erwarten und damit auf die Ausgaben für Sozialhilfe, die oft die Miete (mit)zahlt?

Die Beantwortung dieser dringenden Fragen wird von der Verwaltung nicht vorbereitet. Sie versucht jetzt die ganze Sache an einen Berater zu geben und sich aus der Verantwortung zu stehlen. Natürlich wird dieser Berater diese Fragen nicht beantworten. Er soll aber sicher sechs Millionen kosten (mindestens).

Eines ist aber auch jetzt schon klar: Mindestens ein weiteres Mal wird der Rat eine Entscheidung zu treffen haben, nämlich über den Kaufvertrag selbst. Selbst die Mehrheit kann kaum hoffen, diesen vor Mitte 2002 vorliegen zu haben. Die laufende Berichterstattung des noch auszuwählenden Beraters wird ebenso für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen, wie die unvermeidlichen juristischen Auseinandersetzungen um die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Es spricht nichts dafür, dass im nächsten Halbjahr die Ratsmehrheit die Sache in der Versenkung verschwinden lassen kann. Je näher dann die Bundestagswahlen kommen, desto wichtiger – auch über Köln hinaus – wird die Auseinandersetzung um dieses Beispielsprojekt der Privatisierung, desto anfälliger wird die Ratsmehrheit für politischen Druck.

Es spricht alles dafür, auch im Jahre 2002 die Auseinandersetzung darum zu einem Schwerpunkt der PDS-Politik zu machen. *Eberhard Reinecke, Rechtsan-*

Kein Sozialabbau zur Haushaltsanierung

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushalt weist ein Defizit von mehr als hundertsechzig Millionen Mark auf. Geschickt hat es die PR-Abteilung der Stadtverwaltung verstanden, in der Presse ein extrem düsteres Bild der Finanzsituation der Stadt Köln zu zeichnen. In dieser Stimmungslage verkündet der OB, es müsse vor allem im Sozialhaushalt gespart werden. Insbesondere die Sozialhilfe und soziale Einrichtungen – wie die Bürgerhäuser und -zentren – ständen auf dem Prüfstein.

Demgegenüber soll der seit den 80er Jahren unverändert gebliebene Hebesatz bei der Gewerbesteuer auch in diesem Jahr bestehen bleiben.

Die PDS/Offene Liste setzt sich dagegen dafür ein, die Lasten gerechter zu verteilen. Nicht die Ärmsten der Armen dürfen zur Kasse gebeten werden, sondern die Besserverdiener. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde dazu beitragen. Die hohen Freibeträge sorgen dafür, dass kleinere Betriebe nur wenig belastet oder sogar ganz befreit sind.

Die PDS/Offene Liste wird klar zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt differenzieren. Im Verwaltungshaushalt

während die laufenden Kosten budgetiert, während im Vermögenshaushalt neue Anschaffungen aufgeführt werden. Im Verwaltungshaushalt darf eine Kreditaufnahme nicht oder nur in sehr engen Grenzen erfolgen. Im Vermögenshaushalt ist eine Kreditaufnahme leichter möglich. Deshalb ist eine gestaltende Politik auch in Zeiten knapper Kassen möglich. Insbesondere die dringend notwendige Schulsanierung darf nicht vernachlässigt werden. Es darf nicht eine Entwicklung eintreten, in der Bürokraten diese Stadt auf Kosten unserer Kinder zu Tode sparen.

Sengül Senol

McDonald's noch nicht in Kölner Schulen

„Bistros“ statt Schulmensen heißt der neueste „Spar“-Vorschlag der Ratsmehrheit. Die in einigen Kölner Ganztagschulen vorhandenen Schulküchen sollen verschrottet werden. „Bistros“ sollen die Versorgung der Schülerinnen und Schüler übernehmen. Nach einhelligem Unverständnis bei Eltern und Lehrern stieß die Idee jetzt auch im Schulausschuss auf Ablehnung. Die Argumente der Verwaltungsvorlage, dass sich eine Sanierung der der-

zeitigen Küchen nicht lohne, bzw. Neuan- schaffungen zu teuer wären, überzeugten die Ausschussmitglieder nicht. Sie forderten vor einer endgültigen Entscheidung eine neue, qualifiziertere Vorlage. Bis dahin können sich dann auch die Schülerinnen und Schüler überlegen, ob sie bis zum Ende ihrer Schulzeit Pappbrötchen und Schokoriegel mampfen statt frisches Gemüse knacken wollen. Sie sollen über ihre Essgewohnheiten und -wünsche befragt werden

Ausstellungseröffnung: Zeitgenössische Kunst aus der Türkei

Unter dieser Überschrift wurde am 19.12. im Kunstmuseum Bonn eine Ausstellung mit Werken von elf herausragenden Künstlern aus der Türkei eröffnet. Sie gilt als die größte Ausstellung zeitgenössischer Kunst aus der Türkei, die je im Ausland gezeigt wurde. Sie läuft parallel zu den Ausstellungen „Troja“ und „Hethiter“ in der benachbarten Bundeskunsthalle.

Die Ausstellung ist bis zum 17.2.2002 täglich (außer montags) zu besichtigen. Das Kunstmuseum Bonn befindet sich in der Friedrich-Ebert-Allee 2.

■ Nippes

Wege zum Frieden in Afghanistan

Ende November hatten die Nippeser Basisgruppe der PDS-Offene Liste und die DKP-Gruppe Nippes-Ehrenfeld zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Krieg in Afghanistan eingeladen. Zunächst referierte Dr. Elvira Högemann vom Kölner Friedensforum über die Geschichte und vor allem die aktuellen Aufgaben der Friedensbewegung – für etliche Zuhörer Reminiszenzen an die eigene Vergangenheit.

In die unmittelbare Gegenwart „nach dem 11. September“ führten zwei junge afghanische Exilstudenten, Mitglieder ei-

ner gerade im Aufbau begriffenen Studentenorganisation. Sie berichteten über die komplizierten Machtverhältnisse in einem Land, dessen Geschicke seit Jahrhunderten im wesentlichen von Stammesfürsten und Kriegsherren bestimmt werden. Begünstigt wurden und werden diese Machtstrukturen durch die Geografie des Landes.

Vor dem Hintergrund der Afghanistan-Konferenz in Königswinter, wo über die „Einführung demokratischer Verhältnisse“ diskutiert und gestritten wurde, erinnerten die jungen Studenten an uralte Traditionen des Landes. Zwar stimmen die Stammesversammlungen nicht mit herkömmlichen westlichen Demokratievorstellungen überein, sind aber durchaus praktikable und bewährte Meinungsbil-

dungs- und Entscheidungselemente. In ihnen werden auch heute noch im dörflichen Leben die Tagesprobleme beraten und gelöst.

In einem Manifest für die Konferenz wurden die Hauptforderungen für ein friedliches Afghanistan aufgestellt: Einstellung der Kampfhandlungen gegen die Zivilbevölkerung; Schluss mit den Bombardierungen; Hilfe zur Selbsthilfe unter Mitbestimmung der betroffenen Menschen im Lande; kein Überstülpen westlicher Demokratiemodelle oder neuer Herrschaftsstrukturen und keine neue Besetzung durch fremde Truppen oder Regime.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden viele Fragen über die aktuelle Lage in Afghanistan und die Geschichte des Landes beantwortet.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Suche nach einem dauerhaften Frieden im Lande schwierig und langwierig sein wird. Unter der Voraussetzung, dass die Betroffenen sich selbst daran beteiligen können, scheint sie jedoch nicht aussichtslos. ach

■ Flüchtlingspolitik

Erste Niederlage der CDU-Abschreckungspolitik

Gegenwärtig leben auf dem CFK-Gelände etwa 200 Menschen, davon 90 Kinder. Die Zustände in der Notunterkunft in Kalk sind alles andere als befriedigend. Das gilt für die engen Wohneinheiten ebenso wie für das Essen, das den Essgewohnheiten der Flüchtlinge widerspricht. Der Verdacht der Umweltbelastungen ist noch nicht ausgeräumt. Die PDS/Offene Liste hat die Lebensbedingungen der Flüchtlinge durch eine Anfrage thematisiert. Ärzte haben attestiert, dass die Container-Unterbringung für einzelne Personen zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen führt. So wurde bei einem Vierjährigen ein dringender Verdacht auf einen Herzfehler diagnostiziert. Die Unterbringung in einem Container bedeutet für ihn wegen der erhöhten Infektionsgefahr eine akute Gefährdung. Viele Flüchtlingskinder sind noch nicht eingeschult, obwohl sie der Schulpflicht unterstehen.

Mittlerweile musste die CDU-geführte Stadtverwaltung auch die erste Niederlage in ihrer rigiden Abschreckungspolitik hinnehmen. Per einstweiliger Anordnung wurde der Stadt untersagt, 60 klagende Roma in das Containerlager einzuweisen. Die

Stadtverwaltung hatte ihnen vor der Räumung der Unterkünfte in der Boltensternstraße die schriftliche Zusage gegeben, sie nicht in dem Kalker Container unterzubringen. An diese einmal erteilte Zusage muss sich die Verwaltung nun einstweilen halten. Als erster Schritt wurden jetzt dem größten Teil der betroffenen Familien Einzelunterkünfte angeboten.

Sengül Senol

■ Kultur

„Eiserner Vorhang“ für Freie Theater

Der politisch motivierte Sparkurs trifft jetzt auch die freien und privaten Theater Kölns. Den Theater- und Musikschaffenden droht das soziale Elend. Nur noch zehn von 59 privaten Bühnengruppen sollen „gefördert“ werden. Die Ratsgrup-

pe der PDS-Offene Liste fordert dagegen eine breitere Förderung mit insgesamt sechs Millionen Euro, jeweils zur Hälfte für die Freien Theater und für die Freie Musik. Der kulturpolitische Sprecher der Ratsgruppe, Wolfgang Breuer, stellt dazu fest: „Freie Theater und Freie Musik müssen frei bleiben in Wort und Klang und dafür ist genug Geld da. Es ist nur eine Frage der Priorität.“ Breuer wandte sich gegen „jeden Versuch“ der Ratsmehrheit, „für sich politische Abhängigkeit durch kommunale Zuwendungen in Wohlverhalten umzumünzen“.

■ Kultur

Musikkultur braucht schnell eine neue Leitung

Zum Jahresende scheidet die bisherige Musikreferentin im städtischen Kulturamt,

Renate Baum-Liesmann, aus ihrem Amt aus. Noch ist ihre Nachfolge nicht geregelt, die Stelle soll vorerst nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern verwaltungsintern ausgelobt werden. Der kulturpolitische Sprecher der Ratsgruppe der PDS-Offene Liste erklärte dazu: „Kölns Musikkultur duldet weder eine personelle noch materielle Pause, sondern ohne Verzug eine kundige und sichere Hand, die die Freie Musik nachhaltig fördert.“

Breuer erneuerte die Forderung nach einer angemessenen finanziellen Ausstattung der freien Theater- und Musikszene in Köln.



ARBEITER
FOTOGRAFIE

Schule der Zukunft: Modernstes Gymnasium Kölns eröffnet

Der nachfolgende Bericht über „Schulen in der BRD“ wurde von den Autorinnen beim „Tag der Jugend“ im Kölner Rathaus verteilt. Nathalie Lohrbach, Sara Mengeler und Lysandra Wolke sind Schülerinnen der Klasse 9c am Gymnasium Thusneldastraße.

Deutz. – Gestern war es endlich soweit. In der Thusneldastraße wurde um 9 Uhr vom Oberbürgermeister Fritz Schramma die modernste und umweltfreundlichste Schule Deutschlands eingeweiht. Die Verwandlung von einer Durchschnittsschule zu einem „High-Tech Gymnasium“ kostete knappe 4,3 Millionen Mark. Da sich viele Eltern für dieses Projekt begeistern lassen konnten, gingen zahlreiche Spenden ein, umgerechnet um die 2,7 Mio. Mark. Der kleine Lukas (11 Jahre) erzählte der Presse stolz: „Mein Papa ist Fliesenleger von Beruf. Seine Firma hat den Marmorboden in der 1. und 2. Etage verlegt. Und das dazugehörige Material hat er auch gespendet!“ Sein Cousin Marcel ergänzt mit einem Grinsen: „Und meinen Eltern gehört eine Schlosserei, die waren für das Anmontieren der vergoldeten Türklinken, Wasserhähne und Spiegel zuständig. Umsonst, versteht sich!“ Was einem direkt beim Betreten des Schulgeländes auffällt, ist, dass alle Schüler ein- und dieselbe Uniform tragen. Wir und wahrscheinlich auch Sie als Leser stellen sich jetzt bestimmt die Frage, warum heute, nach so vielen Jahrzehnten, wieder Schuluniformen einführen? Frau Holzapfel unterrichtet Politik-Wirtschaft, Englisch und Sozialwissenschaften, klärte uns auf: „Eine ehemalige Schülerin ist Jungdesignerin der Geschäftskette H&M. Sie hat die Uniform entworfen und so auch einen Freundschaftspreis für uns aushandeln können. Selbst zu unserem Erstaunen waren 94% der Schülerschaft für die Einführung der Uniform, hauptsächlich, damit niemand wegen seiner Kleidung verspottet wird, nur weil er nicht gerade den neusten Trend mitmacht. Ziemlich charakterlos. Leider werden wir das aber nie ganz aus den Köpfen der Schüler rausbekommen, einen Mitmenschen nicht nur nach seinem äußeren Erscheinungsbild zu beurteilen!“ Die Idee jedoch, eine solche Schule zu erbauen, entstand in den Köpfen der Schüler. Es gab einen sogenannten „Kas-

ten der Träume“, in den jeder einzelne Schüler einen Zettel, auf dem Wünsche und Fantasien notiert waren, einwerfen konnte. Am Ende setzten sich Architekt, Statiker und Baumeister zusammen mit Herrn von Dreusche, dem Direktor des „Thussi-High-Tech Gymnasiums“, zusammen und setzten die Ideen der Schüler in konkrete Pläne um. Besonders gelungen war den Architekten das Stadion, das bei schlechtem Wetter ein elektrisches Dach ausfährt. Tennis- und Basketballplätze sowie ein Schwimmbad mit angeschlossener Sauna, Solarium und Massageraum sind



ebenfalls vertreten. Das Stadion befindet sich sofort hinter der Schule und wird bei Heimspielen vom 1. FC Köln genutzt. Somit wurden die Kosten für die Arena von dem Fussballverein getragen. Nach einem anstrengenden Tennismatch gönnten Julia und ihre Tennispartnerin Anne sich eine Pause, in der sie sich ein Erfrischungsgetränk und einen kleinen Snack, der ihnen auf Barwägelchen in dem Schulcafé mit integrierter Cocktailbar von Kellnern serviert wird. „Die Idee mit den Kellnern finde ich einfach spitze, so kann man sich das lästige Anstehen am Kiosk ersparen“, berichtet die 15-jährige Julia. „Aber vom Schulkinos ganz zu schweigen“, fügt ihre Freundin Anne hinzu. Natürlich machten wir uns neugierig auf den Weg, um zu erfahren, was hinter diesem Kino steckt. Als wir dort ankamen, trauten wir unseren eigenen Augen nicht. Eine gigantische Leinwand mit einer Länge von 23x17m. Zur Zeit läuft „Pearl-Habour“. So sieht seit gestern der Geschichtsunterricht aus. Auf dem Rückweg haben wir noch ein Interview mit Herrn Krämer. Wir kommen an seiner Klasse vorbei. Die Tür steht offen, er winkt uns herein. Der Klassenraum wirkt fröhlich, aber auch andererseits wie ein Büro, mit den üppigen Polstersesseln

und den Schreibtischen, fein säuberlich in einer Reihe hintereinander aufgestellt. Dass hier Mathematik unterrichtet wird, bemerken wir sofort, denn wie uns Herr Krämer später erklärt, hat jeder Lehrer ein Klassenzimmer, das er gemeinsam mit seinen Schülern je nach Fach schmückt, seines beispielsweise mit mathematischen Formeln aus bunter Pappe. Und dass es jetzt nur noch maximal 20 Schüler pro Klasse sind, so dass bei Fragen sich der Lehrer individueller um den jeweiligen Schüler kümmern kann. Außerdem fällt uns auf, dass in dieser Schule kein Papier

mehr verwendet wird, sondern jeder Schüler einen eigenen Laptop besitzt, den er mit sich rumträgt oder in seinem Schließfach unterbringt. Allerdings laufen die Laptops über Sonnenenergie, das spart Strom. Auch das Regenwasser wird in riesigen Behältern auf dem Schuldach gespeichert und gefiltert. Es dient als Spül- und Toilettenwasser. Natürlich alles der Umwelt zuliebe. Sollten häufige Beschwerden über einen Lehrer eingehen, können die Schüler abstimmen, ob dieser die Schule verlassen soll oder nicht. Wer würde nicht gerne solch eine Schule besuchen?

Leider kann aber nur eine begrenzte Anzahl von Schülern aufgenommen werden. Wer sich also früh angemeldet, hat vielleicht die Chance, einen Platz auf dem „Thussi-High-Tech Gymnasium“ zu ergattern. Jedoch erhoffen wir uns, dass in den folgenden Jahren eine drastische Veränderung an Deutschlands Schulen folgt, damit unsere Kinder wieder Spaß am Lernen finden und sich wieder sicher in ihren Schulen fühlen können. Und dass uns nicht jede Woche eine Meldung in der Zeitung „Asbest-Schule geschlossen“ oder „Giftige Schimmel an Grundschule entdeckt“ aufs Neue in Angst und Schrecken versetzt.

Wir danken den Autorinnen für ihre Abdruckerlaubnis.

● **Green Card statt gleiche Rechte – das neue Zuwanderungsgesetz, mit Ulla Jelpke MdB. Veranstaltung der PDS Köln, 8. Januar 2002, 19.30 Uhr, BüZe, Venloerstr. 429**

● **Mitgliederversammlung der PDS Offene Liste, 28. Januar, 19 Uhr Rathaus Nippes, 2. Stock, Seiteneingang**